

INTERNATIONAL

6 BRENNSTOFFIMPORT
NOCH BLUTIGER

BRD

8 LÜGEN, DOPPELMORAL,
RÜCKTRITTE

FRAUEN

10 SCHÖNHEITS-DP'S -
ERNIEDRIGENDER EINGRIFF

BERLIN

12 VERSAMMLUNGSFREIHEIT
GIBT ES NICHT IN BERLIN

HAMBURG

14 „BALLUNGSRAUMZULAGE“

BREMEN

16 POLIZEIGEWALT IN
BREMEN UND UMZU

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 WAHLSCHLAPPE FÜR DIE
BOURGEOISIE

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 POLIZEIMORDE
IN MANNHEIM

KULTUR

22 SAIBABA - GEDICHT: MO-
THER, WEEP NOT FOR ME

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

LANDBESETZUNGEN IN BRASILIEN

**DIE LÖSUNG FÜR DEN BRENNSTOFFMANGEL
– NOCH BLUTIGER**

**LÜGEN, DOPPELMORAL, RÜCKTRITTE –
REGIERUNG UND BÜRGERLICHE PARTEIEN
IN DER KRISE**

**SCHÖNHEITS-OP'S SIND EIN
ERNIEDRIGENDER EINGRIFF IN DIE
GESUNDHEIT DES VOLKES**

**VERSAMMLUNGSFREIHEIT GIBT ES NICHT
IN BERLIN**

**„BALLUNGSRAUMZULAGE“
ZEIGT, DASS WIR EINE KÄMPFERISCHE
GEWERKSCHAFT BRAUCHEN**

POLIZEIGEWALT IN BREMEN UND UMZU

WAHLSCHLAPPE FÜR DIE BOURGEOISIE

**POLIZEIMORDE IN MANNHEIM:
WIEDER ZWEI VERBRECHEN
GEGEN UNSERE KLASSE!**

GEDICHT: MOTHER, WEEP NOT FOR ME

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits Anfang des Jahres präsentierte der Wohlfahrtsverband „Oxfam“ eine Studie, nach der die zehn reichsten Menschen der Welt seit Beginn der Pandemie ihr Vermögen auf 1,5 Billionen Dollar *verdoppelt* hätten, während 160 Millionen Menschen neu in die Armut gestürzt seien. Unter den Armen gibt es laut Welthungerindex 2021 811 Millionen, also ungefähr ein Zehntel der Weltbevölkerung, die chronisch hungern. Dieses Jahr gehen alle Seiten, unter anderem wegen der Verschärfung der Krise durch den Krieg in der Ukraine, von einem weiteren enormen Anstieg dieser Zahl aus. Und die Herrschenden sind darauf vorbereitet, was kommen wird. So warnt die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa: *„Die Alternative ist schrecklich: mehr Hunger, mehr Armut und mehr soziale Unruhen – vor allem in Ländern, die sich seit Jahren bemüht haben, Instabilität und Konflikte hinter sich zu lassen“*. Die, die die Interessen der oben genannten und weiteren Parasiten, die in ihrem eigenen Reichtum ersaufen, vertreten, rechnen bereits fest mit Hungeraufständen im sogenannten Nahen Osten und in Nordafrika. Unter anderem im Fokus steht der größte Importeur von russischem Weizen, Ägypten. Seit Russland nach seinem Überfall auf die Ukraine den Weizenexport eingestellt hat, verschärft sich die Lage in dem Land, in dem vor 11 Jahren im „Arabischen Frühling“ der Kampf für Brot im Mittelpunkt stand. Während die Imperialisten in Ägypten den Baumwollanbau gefördert haben, um die Ware für den Weltmarkt zu exportieren, ist es nicht in der Lage, sich mit Getreide selbst zu versorgen. Das ist eben nicht Schuld der Wüste, sondern dass die landwirtschaftlichen Flächen für Dinge genutzt werden, die für die Imperialisten mehr profitabel sind als die Ernährung der Bevölkerung. Auch in Ländern wie der Türkei, wo die Inflation auf die 75 Prozent zu geht, wird die Lage für das Volk immer unerträglicher und der Hunger, und damit die Kampfbereitschaft, breiten sich unter den Ärmsten des Landes aus. Das bedeutet, die Revolution nimmt ihren Lauf. Weit über 811 Millionen Menschen, die nichts zu verlieren haben und nur noch den Ausweg haben, sich zu nehmen, was sie brauchen.

In Deutschland haben Finanzminister Lindner und die Ampel-Regierung den über eine halbe Billion Euro schweren Haushalt 2022 und weiterhin einige Maßnahmen beschlossen. Das 9-Euro-Ticket, bei dem jetzt schon prognostiziert wird, dass die Preise für Bus und Bahn nach August deutlich ansteigen werden, eine mickrige Energiepreispause von 300 Euro, Steuersenkungen auf Sprit, durch die nicht mal die Höchstpreise für Kraftstoffe vom letzten Herbst unterboten werden können. Die bekannten 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr, und obendrauf steigt der Etat für das Verteidigungsministerium auf über 50 Milliarden Euro, um sich gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten behaupten können. Die wenigen Maßnahmen, die dem Volk zugute kommen sollen, wirken nochmal schwächer angesichts der immer weiter steigenden Inflation. Dem gegenüber stehen Kredite in Höhe von 138,9 Milliarden Euro, die für all diese Ausgaben aufgenommen werden müssen, die zweithöchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wurde ein weiteres Mal außer Kraft gesetzt; noch mehr – ein neuer Artikel 87a wurde dem Grundgesetz hinzugefügt, der festlegt, dass die zahlenmäßige Stärke und Organisation der deutschen Streitkräfte im Haushalt des Bundes festgelegt wird. Dafür kaufte sich die Regierung Stimmen aus der „Opposition“, konkret aus der CDU, die jener *Oppositionspartei* ein wesentliches Mitbestimmungsrecht zu den Investitionen geben. Nun stehen jedenfalls eine kriegslustige Aufrüstung des deutschen Heeres, ein riesiger Berg Schulden, für den irgendwann jemand hinhalten muss, und überhaupt keine Verbesserung für die Arbeiterklasse in diesen Zeiten bevor. Wenn die Arbeiter und das Volk sich jetzt nicht wehren, dann nehmen sie in Kauf, dass in absehbarer Zeit all das verloren ist, was sie zuvor errungen haben.

BILD DES MONATS



Am letzten Wochenende dieses Mais haben rund 300 Bauernfamilien im brasilianischen Bundesstaat Bahia zwei Ländereien von Großgrundbesitzern besetzt. Um ihr Land beraubte Bauern eroberten erst auf der Farm Mata Verde in Guaratinga, wo sie die Militärpolizei vertrieben und Häuser verbrannt und Ernten zerstört hatte, Land zurück, andere dann später an anderer Stelle eine leerstehende Kakaofarm, die der Staat für Forschungszwecke hatte und bauen seit 20 Jahren leerstehen lassen. *(Bild ist mit Effekt bearbeitet)*

Quelle: *A Nova Democracia*



DIE LÖSUNG FÜR DEN BRENNSTOFFMANGEL – NOCH BLUTIGER



El Cerrejón

An keinem ist es vorbeigegangen – in den letzten Monaten sind die für Brennstoffe wie Benzin mächtig in die Höhe geschossen. Der Grund dafür ist die Rolle Russlands beim Export fossiler Brennstoffe. Ob Erdöl, Erdgas oder Kohle, bei allen drei spielt Russland in der obersten Liga und exportiert große Mengen der Brennstoffe in alle Welt. So ist der russische Imperialismus weltweit größter Exporteur von Erdgas, zweitgrößter Exporteur von Erdöl und drittgrößter Exporteur von Kohle. Etliche Länder sind vom Öl, Gas oder der Kohle aus Russland abhängig und importieren die Rohstoffe. Innerhalb Europas importieren sowohl imperialistische Staaten, wie die BRD, Finnland oder Italien, als auch unterdrückte Länder wie Bulgarien. Deutschland befindet sich in diesem Punkt in besonderer Abhängigkeit zu Russland; im Jahr 2020 importierte die BRD rund die Hälfte seines Erdgases und ein viertel seiner Kohle aus Russland.

Der imperialistische Krieg gegen die Ukraine und die daraufhin veranlassten Sanktionen der USA und der EU bedeuten eine Verknappung des Angebots

der Brennstoffe in vielen Ländern, das hat nun den Preisanstieg zur Folge. Das Kräftenessen der Imperialisten ist es, was uns das Geld aus der Tasche zieht und die Kosten des Krieges werden wie immer auf die Arbeiterklasse und die Völker abgewälzt. Dennoch sind die Imperialisten jetzt bemüht darum die sogenannte „Energiekrise“ so weit es geht abzufedern. Die schwer getroffene BRD hat bis dato einige Schritte eingeleitet, vor allem auf Kosten der unterdrückten Nationen.

STEINKOHLE AUS KOLUMBIEN

Nachdem die BRD im Zuge des EU-Kohleembargos keine Kohle mehr aus Russland importiert ist Kolumbien die nächste Adresse an die sich der imperialistische deutsche Staat wendet. Im Norden des Landes liegt El Cerrejón, die größte Steinkohlemine Lateinamerikas. Auf einer Fläche von rund 690 Quadratkilometern werden jährlich 23,4 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Die gesamte Menge geht in den Export, seit Jahren auch schon nach Deutschland. Die

Kohlemine wird allerdings nicht von einem kolumbianischen Konzern betrieben sondern von der *Glencore plc* aus der Schweiz. Sie ist die weltweit größte Unternehmensgruppe im Rohstoffhandel. Der Konzern besitzt auf der ganzen Welt Tochterfirmen wie das peruanische Bergbauunternehmen *Volcan Compañía Minera*, *Katanga Mining Limited* im Kongo oder das Unternehmen *Kazzinc*, das in unterschiedlichen Ländern Asiens tätig ist. Das Geld, das die BRD für die kolumbianische Kohle hinlegen wird, fließt also in die Taschen eines Konzerns aus der imperialistischen Schweiz.

Im Jahr 2021 kamen rund 2,3 Millionen Tonnen Kohle aus Kolumbien in die BRD. Diese Zahl ist in diesem Jahr bereits um 62 Prozent gestiegen. Schon Anfang April begann die deutsche Regierung Gespräche mit Kolumbiens Staatschef Iván Duque. Dieser sagte zu, die Exporte erhöhen zu wollen und sie nach Europa zu verstärken.

Der Abbau der Steinkohle in El Cerrejón im Department La Guajira lastet allerdings schwer auf den Schultern der Bevölkerung. Die armen Bauern werden ihres Landes beraubt, vertrieben und ermordet. Der kolumbianische Staat und paramilitärische Gruppen agieren dabei als Kettenhunde der Imperialisten und setzten die Interessen der Konzerne gegen die Bevölkerung durch. Die Natur wird zerstört, 17 Flüsse und Bäche sind verschwunden, rund 30 wurden umgeleitet – alles nur für die Mine. El Cerrejón verbraucht jeden Tag rund 24 Millionen Liter Wasser was genug wäre, um 150.000 Menschen zu versorgen. Stattdessen leidet die Bevölkerung an Wassermangel. Der Ausbau der Mine um mehr Kohle zu fördern und in die BRD zu transportieren bedeutet für die Bevölkerung vor Ort mehr Ausbeutung und Unterdrückung, die durch die Interessen des deutschen Imperialismus zu verantworten wäre.

ERDGASFÖRDERUNG IM SENEGAL

Auf seiner Afrikareise Anfang April war Bundeskanzler Olaf Scholz' erster Stopp der Senegal. Das westafrikanische Land verfügt vor seiner Küste über ein Erdgasfeld mit rund 425 Milliarden Kubikmetern. Erst seit 2018 wird unter dem Projektnamen Greater Tortue Ahmeyim (GTA) daran gearbeitet das Erdgas zu erschließen. Dieses Jahr soll die Produktion starten. Dabei wird das Erdgasfeld ebenfalls nicht von einem Konzern aus dem Senegal betrieben, sondern vom

britischen Konzern British Petroleum (BP) – einem der großen Produzenten fossiler Brennstoffe auf der Welt.

Noch auf der UN-Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 hatten verschiedene Staaten – darunter auch die BRD – entschieden das Erdgasprojekt im Senegal nicht zu fördern und wegen des Klimaschutzes auf erneuerbare Energien zu setzten. Nur ein halbes Jahr später scheint alles wieder vergessen. In Zeiten des Krieges ändern sich die Positionen eben schnell. Jetzt will sich die BRD mit Investitionen an der Erschließung des Erdgases beteiligen. Das bedeutet für das Volk im Senegal mehr Unterdrückung und Ausbeutung. Die Rohstoffe und Bodenschätze des Landes werden wie schon vor hundert Jahren – als der Senegal noch französische Kolonie war – durch die Imperialisten ausgebeutet. Das in einem Land, wo 66 Prozent der Landbevölkerung unter der Armutsgrenze leben.

Die Versuche der deutschen Imperialisten, nun die Brennstoffversorgung zu gewährleisten, finden, wie sich zeigt, also vor allem auf dem Rücken der unterdrückten Nationen statt. Es wird sicherlich nicht bei Kolumbien und Senegal bleiben, denn schon jetzt steht fest, dass diese beiden Länder den Bedarf der BRD nicht decken können. Für die Bereitstellung von ausreichend Energie können auch die sogenannten erneuerbaren Energien eine Rolle spielen, die vermehrt im Namen des Klimaschutzes von den Imperialisten in unterdrückten Nationen installiert werden um Profite aus den dortigen Gegebenheiten zu schlagen. Um ein Beispiel zu nennen: In der Sahara in Marokko wird das größte Solarkraftwerk der Welt mit dem Namen Noor gebaut. Die BRD ist für die Errichtung mit 829 Millionen Euro Investitionen größter Investor.

Doch jetzt müssen die deutschen Imperialisten in erster Linie den Mangel an Brennstoffen überwinden und neue Wege erschließen. Was sie wollen, ist den Lebensstandard der Menschen aufrechtzuerhalten um den „sozialen Frieden“ zu wahren, also den Klassenkampf der Arbeiterklasse zu verhindern. Ein „Frieden“ der nur auf dem Elend der unterdrückten Nationen basiert und für die Völker der Welt mehr Unterdrückung und Ausbeutung bedeutet. Wenn wir also irgendwann wieder günstig heizen können sollten, dann nur, weil die deutsche Bourgeoisie es geschafft hat, die unterdrückten Völker noch mehr auszuquetschen als sowieso schon und das kann niemals unser Interesse sein. •

LÜGEN, DOPPELMORAL, RÜCKTRITTE – REGIERUNG UND BÜRGERLICHE PARTEIEN IN DER KRISE

Auch wenn die deutsche Regierung noch relativ jung ist, kommen bereits immer wieder neue Eklats ans Licht. Rücktritte und „Skandale“ (Beispiele des offenen korrupten Charakters der Regierung) in den höchsten Rängen der bürgerlichen Parteien sind derzeit Dauerthema in der bürgerlichen Presse. Die politische Krise des imperialistischen Systems, die vor allem eine Krise Demokratie ist, entwickelt sich weiter und tiefer. Die Stabilität des politischen Systems bröckelt immer mehr und die deutschen Imperialisten schaffen es nicht mehr, diesen Schaden einfach zu reparieren. Besonders zeigt sich die politische Krise in der deutschen Bundesregierung und deren zunehmende Krise drückt sich auch in den häufiger werdenden Meinungsverschiedenheiten aus. Der Koalitionsvertrag, der die Einheitsbasis der aktuellen Regierung darstellt, zeigt sich immer mehr als unzureichend in dieser neuen Situation, die durch den Angriffskrieg des russischen Imperialismus auf die Ukraine gekennzeichnet ist. Aber auch die Parteien, die gerade nicht in der Regierung sind, geraten immer wieder ins wanken.

RÜCKTRITT VON ANNE SPIEGEL – DER ERSTE KOPF IST SCHON GEROLLT

Mit Anne Spiegel (Die Grünen) rollte bereits im April der erste Kopf in der Ampel-Regierung. Nach nur vier Monaten im Amt verlor die wahrscheinlich korrupteste Regierung, die die BRD jemals hatte, ihre Bundesfamilienministerin. Die Ursache für ihren Rücktritt lag in ihrer Handhabung der Flutkatastrophe, die sich im Juli letzten Jahres in Westdeutschland ereignete. Am 14. und 15. Juli 2021 wurden Teile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz von einer Flut heimgesucht. Mindestens 180 Menschen kamen ums Leben, die Existenzen Tausender Menschen vor Ort wurden zerstört. All das passierte, obwohl von zuständigen Stellen im voraus präzise Warnungen für starkes Hochwasser an die Landesregierung und an die Landkreise

abgegeben wurden. Die Politiker der Region waren also informiert über die Lage und was die Folgen sein könnten.

Die zurückgetretene Bundesfamilienministerin Anne Spiegel war zu diesem Zeitpunkt Landesministerin für Umwelt in Rheinland-Pfalz. Katastrophen wie diese fielen direkt unter die Verantwortlichkeit ihres damaligen Landesministeriums. Nichtsdestotrotz entschied sich Anne Spiegel dafür nur zehn Tage nach der Flut für vier Wochen mit ihrer Familie in den Urlaub nach Frankreich zu fahren. Doch damit nicht genug – im Laufe der Ermittlungen kam nach und nach ans Licht, dass die Ministerin gleich mehrfach gelogen hat. So behauptete Spiegel zum Beispiel ursprünglich noch, sie hätte wenigstens per Video-Liveschalt an Besprechungen und Konferenzen, die Flutkatastrophe betreffend, teilgenommen. Letztendlich kam aber raus, dass sie das nicht getan hat, nicht ein einziges Mal.

In Ihrer jämmerlichen Stellungnahme vom 11. April, in der sie auch ihren Rücktritt erklärte, versuchte sie mit Tränen in den Augen noch Mitleid zu erheischen. Ihr sei alles zu viel gewesen, ihre Kinder hätten während Corona eine unglaublich schwere Zeit gehabt und dazu sei auch noch ihr Mann krank gewesen. Das ist also der Einsatz derjenigen, die sich als unsere Interessensvertreter ausgeben, für uns. Nicht mal, wenn es um Leben und Tod geht, stellen sie ihre persönlichen Interessen zurück.

AUF STAATSKOSTEN MIT DEM HUBSCHRAUBER IN DEN FAMILIENURLAUB

Auf Anne Spiegel sollte bald schon die Zweite folgen, die in der Regierung ihren Platz räumen muss. Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses ist Christine Lambrecht (SPD) noch im Amt, aber die ersten Stimmen, die nach ihrem Rücktritt schreien, sind bereits laut geworden. Bundesverteidigungsministerin Lambrecht steht aus mehreren Gründen im

Fokus. Vor allem machte sie aber Schlagzeilen mit einem privaten Flug gemeinsam mit ihrem Sohn mit einem Hubschrauber der Luftwaffe nach Sylt. Dort machten sie und ihr Sohn Urlaub, und die Verteidigungsministerin zweckentfremdete dafür kurzerhand einen Hubschrauber. Angeblich soll sie die Kosten dieses Fluges selber getragen haben. Hochgerechnet kostet ein solcher Flug von Berlin bis nach Sylt 7000 bis 10.000 Euro – eine teure Reise, aber mit einem Ministergehalt scheinbar problemlos machbar.

Ein weiterer Konflikt, in den Lambrecht involviert ist, ist das Postengeschacher in ihrer eigenen Partei. Angeblich zielte Lambrecht letztes Jahr bei der Vergabe der Ministerien auf das Amt der Innenministerin, was nun ihre Parteikollegin Nancy Faeser innehat. Lambrecht machte kürzlich öffentlich, dass Faeser nun im kommenden Jahr als Spitzenkandidatin der SPD in Hessen antreten würde. Faeser selbst reagierte sichtlich empört über diese Publikmachung. So entwickelt sich die Zwist zwischen den Herrschenden um persönliche Begierden auch in den Reihen der eigenen Parteien.

CSU - AUF DEN EINEN FOLGT DER NÄCHSTE

Auch bei der CSU geht es chaotisch her. Nicht nur, dass die Ermittlungen wegen Korruption und Falschaussagen gegen den ehemaligen CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer neu aufgerollt wurden. Die größte Baustelle ist die Besetzung des Amtes des Generalsekretärs der Partei. Erst Ende Februar wurde Stephan Mayer – enger Vertrauter des bayrischen Ministerpräsidenten und CSU -Parteichef Markus Söder – zum neuen Generalsekretär der CSU gemacht. Anfang Mai – nur gut 10 Wochen später – trat Mayer wieder zurück. Der Grund dafür war zunächst unklar. Mayer selbst ließ verkünden, dass es ihm gesundheitlich nicht gut gehe, deshalb müsse er sein Amt niederlegen. Doch dann kam der eigentliche Grund für den zügigen Rücktritt heraus: Stephan Mayer hatte infolge eines Artikels über sein Privatleben einen Journalisten auf üble Art und Weise beleidigt und bedroht. So soll Stephan Mayer gesagt haben:

„Ich werde Sie vernichten. Ich werde Sie ausfindig machen, ich verfolge Sie bis ans Ende ihres Lebens. Ich

verlange 200.000 Euro Schmerzensgeld, die müssen Sie mir noch heute überweisen.“

Mayer behauptete im Nachgang der Vorwürfe, sich nicht erinnern zu können, was er gesagt hätte; eine Masche, die man von bürgerlichen Politikern nur all zu gut kennt – siehe der aktuelle Kanzler, der Pate Olaf Scholz, im Fall von Cum-Ex.

Um den Schaden so klein wie möglich zu halten und Stabilität vorzugaukeln, ernannte die CSU schnellst möglich einen neuen Generalsekretär. Mit Martin Huber wurde Mayer noch in der selben Woche ersetzt. Doch nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt baute sich auch ein Skandal um Martin Huber auf. So soll er in seiner Doktorarbeit plagiiert, also aus anderen Dokumenten abgeschrieben, haben. Politiker wie Ex-Bundesministerin Franziska Giffey (SPD) oder Hubers Parteikollege Karl Theodor zu Guttenberg haben solche Vorwürfe in der Vergangenheit schon ihr Amt gekostet. Die CSU kann sich also schon mal überlegen, wer der vierte Generalsekretär der Partei in diesem Jahr werden soll.

Diese drei Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Ob die Krise der Opportunisten von der Linkspartei, die sich immer weiter zersetzt und zurzeit aus einem Landtag nach dem anderen fliegt, oder die AfD, die von Austritten und schlechten Wahlergebnissen geplagt ist. Die politische Krise des deutschen Imperialismus zeigt, dass die Herrschenden nicht so weiter können wie bisher, während die breiten Massen des Volkes nicht mehr so weiter wollen. Die NRW-Wahl mit einer historisch niedrigen Beteiligung von nur 55 Prozent zeigt das. Fast sechs Millionen Menschen, die nicht zur Wahl gegangen sind, sind ein klares Zeichen dafür, dass die Leute mit ihrem Vertrauen am Ende sind. Und eine „Demokratie“ ohne Zustimmung des Volkes ist nichts als eine Farce und kann von keinem mehr legitimiert werden. Der Bestand der jetzigen Regierung ist davon abhängig, ob der Burgfrieden aufrecht erhalten werden kann, oder ob die Wut der Arbeiterklasse und des Volkes ihn einbrechen lassen. •

SCHÖNHEITS-OP'S SIND EIN ERNIEDRIGENDER EINGRIFF IN DIE GESUNDHEIT DES VOLKES

Wer noch dazu geneigt ist, den Begriff „Schönheits-Chirurgie“ zu verwenden, wenn er von gesundheitlich unnötigen chirurgischen Eingriffen am menschlichen Körper spricht, sollte seine Wortwahl ändern! Denn „schön“ ist nichts daran, dass Menschen sich dazu gedrängt fühlen, oder denken, sie entscheiden sich „freiwillig“ und aus eigenen Stücken dazu, sich operieren zu lassen, um anders auszusehen.

Es gibt seit zehn Jahren immer mehr Frauen, die sich ohne medizinische Notwendigkeit der plastischen Chirurgie unterziehen. 2010 lag die Zahl der OP's bei ca. 14,1 Millionen Eingriffen weltweit. Die Zahl ist bis zum Jahr 2021 kontinuierlich gestiegen und lag in der letzten Statistik bei 24,5 Millionen plastischen Eingriffen jährlich auf dem gesamten Erdball. Fast 426.000 Eingriffe fanden im Jahre 2021 alleine in Deutschland statt. Laut Statista ist die BRD ganz vorne dabei, wenn es darum geht, dass Frauen chirurgisch etwas an ihrem Körper ändern lassen. Plastische Chirurgie, eine „ästhetische“, nicht medizinisch notwendige Operation, dient dazu, dass man einem Ideal entspricht, das nichts mit der Realität unserer Klasse zu tun hat. Außerdem ziehen diese Eingriffe den Leuten das Geld aus der Tasche. Die Kosten eines Eingriffs belaufen sich mindestens auf Tausende von Euros, einige Operationen gehen sogar in den fünfstelligen Bereich. Dahinter steht eine Industrie, die eine Menge Geld mit der Unsicherheit der Frauen verdient; ganz ungeachtet der auftretenden Nebenwirkungen wie Blutungen, Infektionen, Narkosezwischenfälle, die bis in den Tod führen können, hohe Infektionsrisiken, und es kann durch die Schädigung von Hautnerven zu Gefühlsstörungen kommen, die sich nicht in allen Fällen zurückbilden.

Obwohl die am häufigsten durchgeführte unnötige Körperveränderung mit 1,6 Millionen Eingriffen jedes Jahr weltweit unangefochten die Brustvergrößerung ist, begegnet einem auf Social Media eine andere plastische Operation immer häufiger: In zahlreichen Foren, auf Instagram-Accounts und in Youtube-Videos wird seit der „Corona-Zeit“ vermehrt davon berichtet, wie es ist, sich die Nase „korrigieren“ zu lassen. Im

Jahre 2020 (letzte veröffentlichte Statistik zu dem Thema) haben 26.500 Menschen in Deutschland ihre gesunde Nase durch einen heftigen Eingriff anders formen lassen.

Zu Zeiten des Home-Office ist das Phänomen des „Zoom-Booms“ entstanden, also, dass die Leute permanent auf Zoom und anderen Plattformen mit Videofunktionen zu tun hatten. Dies habe das Leben und die Einstellung der Menschen verändert. Ein Nebeneffekt davon sei, dass die Leute sich selbst permanent auf dem Bildschirm sehen und dann angeblich einen übermäßigen Drang verspüren, ihr Gesicht dem „Idealbild“ anzupassen und zum Beispiel die Nase durch plastische Chirurgie zu „normen“, denn die Unsicherheiten beim ständigen Betrachten des eigenen Gesichts stiegen. Und die Voraussetzung, eine Maske in der Öffentlichkeit tragen zu müssen, hat dafür gesorgt, dass die Folgen, vor allem die Schwellungen und Verfärbungen der Nase nach der OP, versteckt werden können.

Laut einer Umfrage des „Kinderbarometers“ der LBS-Initiative wünschen sich 20 Prozent der 9- bis 14-Jährigen eine „Schönheits-OP“. In der Hauptzahl „wünschen“ sich das Mädchen. In den USA bekämen sogar manche Jugendliche eine Brust-OP zum 16. Geburtstag geschenkt, schreibt das Internetportal „Mädchen.de“. Diese Industrie ist aktiv daran interessiert, dass Menschen zur plastischen Chirurgie rennen. *„Man muss sich operieren lassen, um dazu zu gehören / akzeptiert zu sein / nicht negativ aufzufallen / ein schöner Mensch zu sein“* etc. Es ist wahnwitzig und auch zugleich ein Angriff auf die gesunden Frauen unserer Klasse!

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“, haben Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im Kommunistischen Manifest geschrieben. Das bleibt aktuell und lässt sich auch auf die Frage des Schönheitsbildes anwenden. In den 1990ern mussten die „schönsten“ Frauen noch so dünn sein wie die Supermodels Kate Moss und Naomi Campbell. Koks konnte helfen, Fettabsaugen, oder auch das Übergeben nach dem Essen oder die Verweigerung von Nahrung, die sogenannte Anorexie.

So kam es, dass vor allem Frauen und Mädchen dem Bild entsprechen wollten, weil sie es ja überall in den Medien als „gängiges Idealbild“ gesehen haben. Wenn Teile der Arbeiterklasse und des Volkes nur aufgrund der medialen „Vorbilder“ hungern, ist das ein Angriff auf die Gesundheit des Volkes. Konkret tötet die Magersucht Teile des Volkes: Laut Ärzteblatt stirbt jeder Zehnte der von Anorexie betroffenen Patienten daran. Und die Zahl der Anorexie-Patienten hat in den vergangenen Jahren um 30 Prozent zugenommen. Übrigens sind 90 Prozent der Betroffenen weiblich.

Aktueller „Beutystandart“ sind die „Bubble Butts“. Das bedeutet: Großer Hintern, aber straff, und dazu eine Wespentaille. In den Medien repräsentieren zum Beispiel die meisten der Kardashian-Schwestern dieses Bild. Das ist ein perverses „Schönheitsideal“, auf seine Art ist es genau so extrem wie die Vorstellung von einer abgemagerten hungernden Frau. Die aus diesen unnatürlichen Frauenbildern resultierenden plastischen Operationen sind erniedrigende Eingriffe in die Gesundheit des Volkes. In unserer Gesellschaft wird versucht, aus den Frauen zu machen, was sie nicht sind: Eine „schöne“ Dekoration.

Es steht überhaupt nicht zur Debatte, ob der Staat etwas gegen die Praxis der plastischen Chirurgie unternimmt. Nein, denn uns wird in in diesem faulenden System suggeriert, durch Entscheidungs-„freiheit“ mit unserem Körpern machen zu können, was wir wollen. Aber durch die Medien und den Lauf der Dinge immer wieder und überall diese perversen „Idealbilder“ präsentiert zu bekommen, stellt in Frage, ob es überhaupt eine „freie“ Entscheidung ist, sich diesen Bildern anpassen zu wollen. Laut des „Schönheitsideals“ soll die Frau sich so anpassen, aber das ist eine Sache, die wir ablehnen. Gestern war es das krankhaft herbeigeführte magere Aussehen, heute ist es der „große Hintern, aber galant gehen, lange Fingernägel und Wespentaille“; das heißt die Frau ist tatsächlich nicht mehr eine Frau, weil sie eine Frau ist, sondern, weil sie „weiblich“ aussieht. Am Ende führt die Anpassung an diese Ideen in jedem Fall zur Schwächung der Frauen im Kampf um ihre Rechte.

Die Plattform Tik Tok – über die wir hier auch schon kritisch berichtet haben – zeigt seinen Usern Werbung für plastische Chirurgie an. Viele Nutzer sind Mädchen im jugendlichen Alter. *„Auf Social*

Media sind es häufig gleichaltrige oder nur wenig ältere Influencer, die vorzeigen, wie viel besser ihr Leben nach der OP ist. Was nicht erwähnt wird: Viele dieser Stars werden von Kliniken bezahlt, über ihre Resultate zu sprechen“, erklärt Jugendpsychologin Dr. Dagmar Pauli auf dem Internetportal „20minuten“. *„Wir sehen den Trend, dass einige, insbesondere junge Frauen, Influencern von sozialen Netzwerken wie Instagram nachhelfen“*, zitiert die *Welt* den Facharzt für Chirurgie Dennis von Heimburg.

Die Identitätspolitik als Teil der Ideologie der Herrschenden geht davon aus, dass Frau ist, wer „weiblich“ ist; die Entscheidung, das Aussehen und das körperliche „Verhalten“ konstruiere die „Weiblichkeit“. Der Kampf der Frauenbewegung ging in den 1960ern noch darum, dass es diese Unterschiede nicht geben sollte. Heutzutage sind in der Frauenbewegung viele-schädliche reaktionäre Einflüsse zu sehen. Wenn das Geschlecht nämlich nur ein Konstrukt ist und Frau nur jemand ist, der „wie eine Frau aussieht oder sich so fühlt“, dann befeuert das den Einsatz von plastischer Chirurgie. Wir gehen vom marxistischen Standpunkt in der Frage der Frau aus, und es ist eine Frage des Kampfes und der Zeit, bis das alte sterbende System des Imperialismus zerschlagen und eine neues aufgebaut wird. Die Kommunistische Partei Perus schrieb 1975: **„So bleibt es [...] klar, dass es die Gesellschaft ist, die der Frau ihre Stellung zuschreibt und keine boshafte Natur, dass die Stellung der Frau eine veränderliche ist und dass es Arbeit ist, die zu einem großen Sprung in Bezug auf die Stellung und Sichtweise der Frau führt.“** •



VERSAMMLUNGSFREIHEIT GIBT ES NICHT IN BERLIN



Verhaftung bei Demonstration am Nakba-Tag

Sowohl die Berliner Polizei, Regierung, als auch Gerichte, haben im Laufe des Monats mehrfach gezeigt, was ihnen die vermeintlichen Rechte von uns wert sind, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen – nämlich gar nichts. Mit den Maßnahmen, die im Zuge der Pandemie durchgesetzt wurden, ist es in den letzten Jahren schon häufiger vorgekommen, dass Demonstrationen unter dem Vorwand der „Pandemiebekämpfung“ verboten wurden, vom Ersten Mai über Gedenkveranstaltungen zu faschistischen Anschlägen zu vielen weiteren. Dieser Vorwand war klare Heuchelei und eine Untergrabung der demokratischen Rechte sowie eine Verstärkung der faschistischen Tendenz des Staates.

Nun haben die unterschiedlichen Instanzen Berlins aber beschlossen, dass sie diese Maske der Erklärung nicht mehr brauchen. Jetzt verbieten sie Demonstrationen explizit mit politischen Begründungen und nach politischen Kriterien. Der erste größere Schritt, am Ende des letzten Monats, waren Verbote von Demonstrationen in Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatten die Angriffe von Seiten Israels, sowie die Verteidigung des palästinensischen Volkes dagegen, sich erneut verschärft. Es kam in diesem Jahr schon mehrfach zu Kämpfen, nachdem israelische „Sicherheitskräfte“ die für den Islam wichtige und heilige Al-Aqsa-Moschee angriffen. Den Widerstand dagegen benutzten sie dann als Rechtfertigung für weitere Angriffe, insbesondere wieder auf die Al-Aqsa-Moschee, die selbst laut dem Staat

Israel nicht ihr Territorium ist. Seitdem wurde bei einem der Kämpfe auch die Journalistin Shireen Abu Akleh von israelischen Scharfschützen ermordet und ihre Beerdigung angegriffen, wobei der Sarg mehrfach beinahe zu Boden gefallen wäre.

Als Reaktion auf den Beginn der neuen Welle von Angriffen kam es Ende April auch in Berlin zu Demonstrationen, welche von der Polizei schikaniert und angegriffen wurden, woraufhin es zu Kämpfen kam, ähnlich wie bei der Demonstration am 15. Mai des letzten Jahres. Nach den Kämpfen im April verbot die Berliner Polizei kurzerhand alle Demonstrationen mit Palästina-bezug, bis einschließlich zum Ersten Mai. Hier begannen sie auch damit, andere Demonstrationen als „Ersatzveranstaltungen“ für die verbotenen Demonstration zu werten, womit diese ebenfalls verboten wurden.

Wie auch sonst war hier klar zu sehen, wie schnell die bürgerlichen Medien auf Linie des Staates waren. Die Demonstrationen wurden als „gewalttätig und antisemitisch“ bezeichnet, was direkt aus den Begründungen des Verbots der Polizei übernommen wurde. Auch der Ausdruck der Demonstration am 1. Mai, bei der unter anderem Palästinafahnen im Frontblock getragen wurden, wurde die selbe alte Trommel gerührt, Israel mit „den Juden“ gleichzusetzen und damit jede Kritik an diesem Staat als antisemitisch zu verwerfen. Auch wurde im Beispiel des Mordes an Shireen Abu Akleh davon gesprochen, sie „sei gestorben“, nicht ermordet worden, und es wurden teilweise Lügen des

israelischen Staats übernommen, die behaupteten, sie sei versehentlich durch Palästinenser erschossen worden.

Der nächste Fall von massiven Einschränkungen der angeblichen bürgerlichen Rechte fand mit den Demonstrationen um den Tag des Sieges statt. Hier wurde um das Wochenende des Tag des Sieges herum an vielen Orten mit thematischem Bezug das Tragen von russischen, sowjetischen und auch ukrainischen Fahnen verboten, sowie auch das Singen von Liedern, die von der Polizei als „Kriegslieder“ gewertet werden. Unter den Orten waren vor allem auch das bekannte Ehrenmal im Treptower Park, zu dem jährlich viele Menschen anreisen, nicht nur aus ganz Deutschland, sondern auch aus weiten Teilen Osteuropas, bis Russland. Die Verbote setzten die Polizei an diesem Tag selektiv und sehr willkürlich durch. Rote Fahnen oder das Hammer-und-Sichel-Symbol wurden als automatisch sowjetisch, damit „direkt russisch“, also verboten gewertet. Auch das Singen von russischen und ukrainischen Liedern wurde allgemein untersagt, da die Polizisten ja kein Russisch oder Ukrainisch können und damit nicht überprüfen können, ob die Lieder verboten seien oder nicht. Es kam zu mehreren Anzeigen und Platzverweisen.

Weitere Verbote von palästinensischen Demonstrationen fanden um den diesjährigen Nakba-Tag statt. Dieser ist jährlich am 15. Mai, am Jahrestag des Beginns der Vertreibung der Palästinenser und heißt übersetzt etwa „Tag der Katastrophe“. An diesem Tag finden seit langem internationale Demonstrationen, Kundgebungen und Kämpfe mit diesem Anlass statt. So vor allem auch in Berlin, da hier einer der Orte mit der größten Anzahl an Palästinensern außerhalb von Palästina ist. Im letzten Jahr wurde die Demonstration massiv von der Polizei angegriffen, es wurde sich aber auch entsprechend dagegen gewehrt. Auch Umstehende solidarisierten sich mit den kämpfenden Demonstranten, unter anderem indem die Polizei mit den leeren Kästen der Obstmärkte beworfen wurden. Einen so gesammelten und entschlossenen Kampf und Widerstand wollte die Polizei in diesem Jahr von Vorhinein mit Verboten unterbinden. Als eins der Argumente für das Verbot nutzen sie auch eben diese Kämpfe. Dazu kamen die schon ausgesprochenen Verbote im Laufe des Monats und die Einschätzung, die Demonstration könnte „möglicherweise militant“ auftreten.

Mehrere der Veranstalter klagten gegen die Verbote. Diese Eilanträge wurden aber zurückgewiesen. Die Gerichte befanden, die „hochgradig israelfeindliche und in den Antisemitismus reichende Stimmung“, die sie erwarteten, „sei geeignet Gewaltbereitschaft zu vermitteln“. Sie bestätigten das Verbot und befanden es als „unanfechtbar“. An den Tagen der angekündigten Demonstrationen wurden die Verbote durch Besetzung der jeweiligen Viertel, vor allem Neukölln und Kreuzberg, mit riesigen Polizeiaufgeboten durchgesetzt. Am Nakba-Tag selbst kam es dennoch zu mehreren kürzeren Demonstrationen, welche von der Polizei schikaniert, angehalten und kontrolliert wurden. Den Teilnehmern wurde angekündigt, die Demonstration sei von der Polizei als „Ersatzveranstaltung“ deklariert und damit verboten, weswegen die Teilnehmer Anzeigen wegen dem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu erwarten hätten. Am Rande der Demonstration und in ihrem Umfeld weiteten die Bullen ihre Schikanen aus und werteten schon das Tragen der Kufiyah (Palischal) als Grund für Kontrollen.

Mit den Maßnahmen unter dem Vorwand der Bekämpfung der Corona-Pandemie, hat der deutsche Staat in den letzten Jahren immer wieder seine Bereitschaft sein eigenes Recht zu brechen unter Beweis gestellt. Wir sehen, dass dies, wie schon klar war, nicht wieder weggehen wird, sondern Teil einer bereits davor existenten, stärker werdenden Tendenz ist. Das zeigen Fälle wie diese Demonstrationsverbote und -einschränkungen, die inzwischen offen politisch begründet werden. Für die Rechtfertigung ist die bürgerliche Presse, wie zu erwarten, bereit, sofort auf die Pressemitteilung der dpa oder der Polizei zu springen und die Propagandamaschine anzuwerfen. Eine Opposition innerhalb dieses Systems gibt es auch nicht, und die Gerichte bestätigen die Verbote. Die demokratischen Rechte sind nichts mehr wert, sobald das für notwendig erachtet wird. Wir müssen unsere Rechte verteidigen, nicht um den Zustand in diesem Ausbeutersystem zu erhalten, sondern weil wir nicht zulassen, dass wir noch offener, direkter und mehr schikaniert und unterdrückt werden. Der Kampf dagegen ist als Teil des Kampfes für das Ende der Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt zu führen. •

„BALLUNGSRAUMZULAGE“ ZEIGT, DASS WIR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFT BRAUCHEN

Am Freitag den 20. Mai diesen Jahres haben 150 Beschäftigte der Freien und Hansestadt Hamburg dem Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel eine Unterschriftensammlung übergeben. In dieser fordern 7.500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes eine „Metropolen-Zulage“, wie Verdi schreibt. „Metropolen-Zulage“ ist auch als „Ballungsraumzulage“ bekannt und bedeutet, dass Beschäftigte in Großstädten weitaus mehr Ausgaben für die Lebenshaltungskosten haben (zum Beispiel höhere Mietpreise) und darum mehr Gehalt benötigen, um sich das Leben in der Großstadt leisten zu können. Und das, wo es allgemein in der BRD alarmierend aussieht, was die Gehälter angeht: Laut der aktuellen Schufa-Umfrage meinen ein Drittel der Befragten – so viele Leute wie noch nie zuvor – dass sie sich nicht mehr vorstellen können ihren Lebensstandard halten zu können. Es wird darauf zurückgegriffen das Konto zu überziehen oder Kredite aufzunehmen, um klar zukommen, schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FaZ).

Die Forderung nach der „Ballungszulage“ kommt von Beschäftigten der Stadt im Bereich Feuerwehr, Bezirksämtern, Allgemeiner Sozialer Dienst, Schulbüros und weiteren Unterzeichnern die nach Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes, bzw. in Anlehnung an diesen bezahlt werden. Diese Forderung steht bundesweit im Raum, unterstützt durch die Gewerkschaften Verdi, GEW und Komba.

Ein Feuerwehrmann berichtet an diesem Tag, wie sein Bruder, der auch Feuerwehrmann ist, mit seiner jungen Familie Hamburg verlassen musste, weil er sich das Leben hier nicht mehr leisten kann. Während dieser Erzählung holt „der Oberschmierlappen“ (so bezeichnen einige im Publikum an diesem Tag den Finanzsenator Andreas Dresse) sein Handy raus, „daddelt“ sitzend auf der Bühne in seinem Stuhl, so, dass jemand zu ihm hoch schreien muss: „HANDY WEG!“ Er saß am Tag der Unterschriften-Übergabe übrigens, während alle anderen deutlich auf der Bühne standen, denn er habe sich angeblich den Fuß verletzt. Jedoch wurde er bei einer Folgeveranstaltung am selben Tag stehend und ohne Krücken gesichtet.

Die Beschäftigten in Hamburg arbeiten und leben in einer der teuersten Städte der BRD. In München und Berlin gibt es bereits Regelungen zur „Ballungsraumzulage“. Berlin hat diese Zulage in Form von 150 Euro im Monat oder wahlweise eines Monatsstickets schon 2020 gewährt. Darauf folgend hat das Bundesland sein Stimmrecht in der „Tarifgemeinschaft der Länder“ (TdL) verloren. Das ist die Ausbeutervereinigung der Bundesländer und diese sitzt in Tarifverhandlungen unter anderem mit Verdi am Tisch, und unser ignoranter Typ mit dem Handy in der Hand, Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, ist erster stellvertretender Vorsitzender dieses Vereins. Verdi berichtet bezüglich der Unterschriftenübergabe auf ihrer Homepage trocken, dass der Senator für ein „fachliches Gespräch“ zum September eingeladen wurde. Diese Aussage bedeutet, dass er dann erneut erklären wird, dass keinem einzigen Hamburger Angestellten im öffentlichen Dienst eine angemessene Zulage ermöglicht werden soll.

Über die Höhe der Zulage ist bis jetzt übrigens noch kein Wort gefallen, es gibt in Hamburg keine konkrete Forderung. Das heißt man geht in Verhandlungen ohne Mindestforderung. Verdi macht sich abhängig von dem was das Gegenüber sagt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Hamburg sind nicht besonders froh über die Vorgehensweise der Gewerkschaft. Wir haben mit einem Verdi-Mitglied gesprochen:

„Das wissen alle, dass wir verarscht werden. Das sind wir halt gewohnt, dass wir verarscht werden. Aber was sollen wir machen? Ohne Gewerkschaft wäre es noch schlimmer. Wir wollen es auf den Versuch nicht ankommen lassen.“

Als Beispiel werden hier die Putzkräfte genannt, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind und von einer Gehaltserhöhung, oder einer „Ballungsraumzulage“ bei einer Beschäftigung in Hamburg nur träumen können.

Trotz der Stimmung, dass die Beschäftigten in Bezug auf die Hamburger „Ballungsraumzulage“ bereit sind einen Streik durchzuführen, ist die Vorgehensweise

dieser „Unterschriften-Aktion“ jedoch von Verdi als eine sogenannte „politische Kampagne“ geführt. Weil diese Gewerkschaft bzw. ihre Führung nicht wirklich bereit ist die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, gibt sie ihr einziges Druckmittel – nämlich den Streik – aus der Hand. Darum wird solch ein „Bettelbrief“ geschrieben und wirkungslos weitergereicht. Die Verdi Mitglieder erkennen, dass das eine Farce ist. Aber auch von dem Abschluss der Streiks Ende 2021 im öffentlichen Dienst seien die Mitglieder enttäuscht. Es wurde für eine Gehaltserhöhung von 5 Prozent und weitere Forderungen gestreikt (300 Euro mehr für Beschäftigte im Gesundheitswesen und 100 Euro mehr Ausbildungsgeld). Ein Mitglied berichtet:

„Der Tarifabschluss, Anfang Dezember letztes Jahr, das fanden alle relativ beschissen. Und das sogenannte Trostpflaster der sogenannten Corona Prämie, die weder tabellenwirksam ist noch sonst was...13 Null-Monate [13 Monate keine Gehaltserhöhung] plus die Corona Prämie.“

Das Verdi Mitglied ist außerdem nicht zufrieden mit den 2,8% mehr Gehalt für die Beschäftigten aller Bundesländer und, dass der Tarifabschluss ab Dezember 2021 eine Laufzeit von 24 Monaten hat. Also können die Leute bei der aktuellen Inflation von 7,4% (Stand April 2022) noch weitere anderthalb Jahre auf eine – im Vergleich dazu – mickrige Gehaltserhöhung warten.

Was die „Ballungsraumzulage“ angeht, da sehen die Hamburger eher schwarz. Inhaltlich hat der „Oberschmierlappen“, auf die Ansage, dass sich die Leute das Leben hier nicht mehr leisten können, gesagt, dass vermehrt Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Das ist eine Frechheit und eine Absurdität zugleich. Erstens bekommt man keine Sozialwohnung, wenn man Vollzeit im öffentlichen Dienst arbeitet, zweitens hat Hamburg sein Ziel beim Bau der Sozialwohnungen gerade erst drastisch verfehlt.

Die Milliardenausgaben, die der Staat für die „Corona-Sonderzahlungen“, oder die 100 Milliarden für die Bundeswehr raushaut, werden so unter anderem indirekt wieder eingespart: Im öffentlichen Dienst und in den sozialen Berufen, weil dies Staatsausgaben sind, die direkt beschnitten werden können. Hier hat der Staat einen direkten Einfluss, ohne eine neue Steuer oder ähnliches einführen zu müssen. Also sollte klar sein, warum Verdi und Andreas Dressel versuchen einen richtigen Streik zu dieser Forderung

zu verhindern. Spätestens die oberen bürokratischen Führungskräfte Verdis, die mit der TdL am Tisch sitzen, zeigen sich außerordentlich beschwichtigend in ihren Handlungen als Vermittler zwischen Arbeitern und den Ausbeutern. Sie pflegen ein friedliches Verhältnis zu den Arbeitskäufern. Die Gewerkschaften verzichten auf die volle und starke Mobilisierung der Mitglieder, oder verhindern diese vielleicht sogar und bremsen als Effekt auch weitere Angestellte und Arbeiter der BRD in ihrem Kampf für gerechte Bedingungen aus.

Was in diesen Zeiten auf uns zukommt ist ein Angriff auf die Errungenschaften die Teile der Arbeiterklasse uns vorher erkämpft haben. Wenn in dieser Situation eine „Metropolen-Zulage“ durchgesetzt werden könnte, muss sie konsequent erlangt werden. Es ist wichtig zu verstehen, dass wir uns in einer Periode befinden in der mehr Angriffe auf die erkämpften Arbeitsbedingungen und Löhne stattfinden werden.

Uns wurde in der BRD noch nie etwas geschenkt und sich als Angestellter mit solch einer Gewerkschaft abfinden zu müssen ist bitter. Die Worte des Verdi-Mitglieds im Ohr *„Ohne Gewerkschaft wäre es noch schlimmer“*, heißt es natürlich, dass der zusammen gewerkschaftlich organisierte Kampf gerechtfertigt ist. Als Tagesforderung ist es uns zu wünschen, dass die Hamburger Kolleginnen und Kollegen die „Ballungsraumzulage“ erhalten.

Es müssen die Arbeiter sein, wir müssen dieses System zerschlagen, um uns nicht länger hinhalten zu lassen. Ein Leben voller Frust muss ein Ende haben. Wir müssen kämpfen und – das kommt uns zugute – die aktuelle Stimmung unter den Angestellten im öffentlichen Dienst und den Gewerkschaftsmitgliedern ist kämpferisch! Gerade das ignorante Verhalten eines Andreas Dressel provoziert uns so, dass wir wissen, dass die Politik der BRD nicht unterstützenswert, nicht wählenswert und nicht ernstzunehmen ist. Die Bonzen verarschen uns wo sie können. Dem müssen wir eine wirklich kämpferische Gewerkschaft entgegenstellen die der Arbeiterklasse dient! •

POLIZEIGEWALT IN BREMEN UND UMZU

Im niedersächsischen Delmenhorst, das direkt an Bremen grenzt, wurde diesen Juni wieder einmal ein Fall von Polizeigewalt bekannt. Der Weg, auf dem dieser Fall bekannt wurde, ist sowohl ungewöhnlich als auch äußerst dumm. Der Hergang war laut Berichterstattung der bürgerlichen Presse folgendermaßen: Ein Polizeibeamter der Delmenhorster Polizei soll Anfang Juni einen Mann fest- und in Gewahrsam genommen haben. Auf der Polizeidienststelle wurde der Festgenommene Mann dann in eine Zelle gebracht, wo er sich entkleiden sollte. Als der Mann sich geweigert haben soll, fing der Bulle an, auf den Mann einzuschlagen und seinen Kopf gegen die Wand zu hauen. Dabei war der Polizist nicht alleine, mehrere seiner Kollegen und sogar ein Vorgesetzter des Reviers standen hinter ihm, sagten nichts und ließen ihren prügelnden Kollegen einfach machen. Blöd war nur, dass während des Gewaltausbruchs des Polizisten seine Bodycam lief und alles mit filmte. Ob der Bulle einfach vergessen hat, die Bodycam auszuschalten oder ob er sie sogar absichtlich angemacht hat, um mit dem Video nachher vor seinen Kollegen prahlen zu können, ist unklar. Doch Fakt ist, dass ihm das Video letztendlich zum Verhängnis

wurde. Ein anderer Polizist, der sich scheinbar etwas mehr für die offiziellen Regeln und Vorschriften der deutschen Polizei interessiert, bekam das Video zu Gesicht und meldete den Vorfall. Nicht selbstverständlich bei der Polizei, sogar eher eine absolute Seltenheit bei den Bullen, die normalerweise einen gepflegten Korpsgeist haben, der ihnen meist erlaubt, mit jeder Schweinerei durchzukommen.

DER FALL VON QOSAY, DER VON DER DELMENHORSTER POLIZEI ERMORDET WURDE

Es ist nicht das erste Mal, dass die Dienststelle, auf der sich der Vorfall ereignete, mit Polizeigewalt in Verbindung gebracht wird. Allein in den letzten drei Jahren gab es insgesamt 9 Verfahren wegen Körperverletzung im Amt, die gegen Polizeibeamte von genau diesem Revier eingeleitet wurden. Vor allem aber bleibt ein Fall im Gedächtnis: Im März des letzten Jahres wurde der 19-jährige Qosay Sadam Khalaf auf diese Dienststelle gebracht. Er war vorher von den Bullen im Delmenhorster Wollepark festgenommen worden,



Trauerfeier für Qosay aus Delmenhorst vergangenen März

weil er mit einem Freund Gras geraucht haben soll. Bei der Festnahme setzten die Bullen erst Pfefferspray gegen Qosay ein, drückten ihn dann zu Boden und fixierten ihn am Hals – das berichtete Qosays Freund nach der Tat öffentlich. Qosay hat mehrfach gesagt, er bekomme keine Luft, hat mehrfach um Hilfe gebeten, die er aber nicht bekam. Auf der Polizeiwache angekommen, kollabierte Qosay dann in der Zelle und verstarb wenig später im Krankenhaus. Doch wie immer kam der Bulle, der Qosay umgebracht hat, straffrei davon. Und nicht nur das, er wurde nicht einmal vorübergehend in den Innendienst gesteckt, sondern patrouillierte weiter durch den Wollepark. Der Bulle, der Qosay umgebracht hatte, schikanierte also weiter Qosays Freunde, Mitschüler und Nachbarn. Doch der neu rausgekommene Fall in Delmenhorst rückt die Geschichte von Qosay nun in ein anderes Licht. Der einzige Schluss, der bei dieser Wache gezogen werden müsste, wäre die sofortige Schließung und Kündigung aller Beamter, die alle Blut an den Händen kleben haben. Doch das wird natürlich nicht passieren. Stattdessen heißt es wieder, das doch alles nur „Einzelfälle“ seien, so wie es immer gesagt wird.

IN BREMEN IN DEN LETZTEN JAHREN GLEICH MEHRERE TOTE DURCH POLIZEI

Aber auch hier in Bremen klebt Blut an den Händen der Bullen. Vor ziemlich genau zwei Jahren – am 18. Juli 2020 – wurde Mohammed Idrissi von den Bullen vor seiner Haustür im Arbeiterviertel Gröpelingen ermordet. An diesem Tag sollte die Wohnung von Mohammed geräumt werden, wozu direkt die Polizei anrückte. Mohammed hatte bekanntermaßen psychische Probleme und befand sich in Behandlung, trotzdem wurde keine Fachperson zur Räumung herangezogen, als man ihn aus seiner Wohnung jagen wollte. Vor seinem Haus wurde Mohammed dann von vier Polizisten (zwei davon waren warum auch immer in Zivil vor Ort) mit gezogener Schusswaffe in eine Ecke gedrängt und mit Pfefferspray attackiert. Als er weglaufen wollte, schoss ihm einer der Polizisten zweimal in den Oberkörper, und Mohammed starb wenig später an seinen Schusswunden. Auch hier blieben die Bullen straffrei, obwohl ein Video des Mordes existiert, das klar zeigt, dass Mohammed bedroht und bedrängt wurde und offensichtlich aus dieser Situation fliehen wollte.

Aber auch im letzten Jahr ließen mehrere Menschen in Polizeigewahrsam ihr Leben. Zuletzt der Fall eines 35-jährigen Mannes, der im letzten August in Gröpelingen verhaftet wurde und noch in der selben Nacht im Polizeipräsidum Vahr tot in seiner Zelle gefunden wurde. Was genau hinter verschlossenen Zellengittern passierte, ist unklar, aber angesichts des neuen Falls aus Delmenhorst kann man sich seinen Teil denken. In 2022 starb in Bremen zum Glück noch keiner durch die Hände der Polizei, in anderen Städten sah das aber anders aus, und gerade der äußerst brutale Mord an einem Mann in der Mannheimer Innenstadt Anfang Mai bleibt unvergessen. Er, Mohammed aus Bremen, Qosay aus Delmenhorst, Adel aus Essen oder Oury Jalloh aus Dessau sind nur einige von vielen Toten durch die deutsche Polizei. Seit 1952 wurden mindestens 530 Menschen von der deutschen Polizei erschossen. Über 180 Menschen starben im Gewahrsam der Polizei.

WIDERSTAND REGT SICH

Dass sich die Massen die Schikane und Gewalt durch die Bullen aber nicht einfach gefallen lassen, zeigt auch eine kürzlich veröffentlichte Statistik zu Angriffen auf Polizeibeamte in Niedersachsen. Diese steigen in den letzten Jahren kontinuierlich an. 2019 waren es noch 3.241 Fälle. In 2021 hingegen wurden schon 3.607 Fälle registriert. Vor allem Delikte wie Bedrohung, Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt sollen zugenommen haben.

Das Problem sind nicht irgendwelche Prügelknaben, die sich in der Polizei herumtreiben. Diese zeigen nur, was für reaktionäre Schweine, Nazis, Rassisten, Vergewaltiger und sonstiges Gesindel die Bullen in ihren Reihen beherbergen. Das Problem ist die Polizei an sich, die dazu dient, die imperialistische Ordnung zu verteidigen, die für die Arbeiterklasse nichts als Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet. Deshalb schikanieren sie uns, verprügeln sie uns, sperren uns ein oder bringen uns um. Weil wir und sie niemals Freunde werden, weil sie und wir auf zwei entgegengesetzten Seiten stehen. Deshalb steht überall in den Arbeitervierteln „ACAB“, „Fuck Cops“ oder Ähnliches an den Wänden. •

WAHLSCHLAPPE FÜR DIE BOURGEOISIE



Eins auf den Deckel für die Bourgeoisie: Stimmungsbild zu den Wahlen

Am 15. Mai war die Landtagswahl in NRW und diese ist für die Bourgeoisie recht wichtig, denn NRW ist das Bundesland mit dem meisten Einwohnern und die Wahl ist ein Stimmungsbarmeter für die herrschende Klasse. In Hinblick, dass die Bundestagswahl acht Monate her ist, ist sie noch mal mehr ein Vergleich, wie zufrieden man mit der aktuellen Regierung ist, oder, wie Friedrich Merz es formulierte, handelt es sich um eine „kleine Bundestagswahl“.

Die Wahlen dienen der Legitimierung der Herrschaft der Bourgeoisie, von daher ist die Frage der Wahlbeteiligung von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund wird immer mehr zu reinen Wahlmobilisierungskampagnen aufgerufen; Influencer, Gewerkschaften, Promis und alles mögliche rufen einen auf, seine Stimme abzugeben. Trotz all dieser Versuche sinkt die Wahlbeteiligung immer wieder. Bei der aktuellen Landtagswahl lag sie bei 55,5 Prozent und hat damit einen historischen Tiefpunkt erreicht. Nur ein bisschen mehr wie jeder Zweite hat seine Stimme abgegeben. Sprich 44,5 Prozent der Wahlberechtigten haben sich entschieden, nicht

wählen zu gehen, das entspricht 5,7 Millionen Wählern. Wären die Nichtwähler eine Partei, wären sie die stärkste Partei im Landtag. Für den Fernsehallenwiser Günther Jauch Grund genug, sich dazu bei Maischberger zu äußern und sich über „satté“ und „faule“ Nichtwähler aufzuregen. Alle Parteien machen sich über diesen Trend Sorgen, SPD-Spitzenkandidat Thomas Kutschaty äußert sich wie folgt dazu: „*Es ist insgesamt schlecht für die Demokratie, wenn nur jeder Zweite zur Wahl gegangen ist*“. Wie groß die Auswirkungen für die bürgerlichen Parteien sind, kann man daran erkennen, dass selbst die Wahlgewinnerin CDU, welche drei Prozentpunkte zulegen konnte, 160.000 Stimmen zur vorherigen Landtagswahl verloren hat. Der Prozentzuwachs entstand also nicht durch eine breitere Zustimmung für die CDU, sondern darin, dass die anderen Parteien noch mehr Stimmen verloren haben. Die einzige Partei, die einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte, waren die Grünen.

Auch für die aktuelle Bundesregierung war diese Wahl eine Niederlage, denn die SPD, welche die größte Partei der Ampelregierung ist, verlor massiv an Stimmen und Prozentpunkte, ebenso die FDP.

Zwei von drei Koalitionsparteien haben enorm an Rückhalt verloren. Sowohl im Vergleich zwischen der Landtagswahl 2022 und 2017, als auch zur Bundestagswahl 2021. Dabei ist vor allem die Frage der Wahlkampfstrategie der SPD von Bedeutung, die auf das „Dreamteam“ Kutschaty und Scholz setzte. Unter dem Slogan „Wer Kutschaty wählt, wählt Scholz“ scheiterte die die SPD mit ihrem schlechtesten Ergebnis bei einer Landtagswahl in NRW und zeigt, wie sehr der Mafioso Scholz mit seiner Partei das Vertrauen der Bevölkerung bereits verloren hat.

Die Wahlergebnisse zeigen mehr als deutlich, wie sehr der Parlamentarismus in der Krise steckt. Der Rückgang von knapp 9 Prozent bei der Wahlbeteiligung ist ein großer Sprung und zeigt, dass sich immer breitere Teile von diesem System abwenden. Waren in der Vergangenheit vor allem ärmere oder „ungebildete“ Menschen Nichtwähler, wird diese Gruppe immer größer und weitet sich auf alle Teile der Gesellschaft aus. Denn immer mehr erkennen, dass dieses System keine Lösung für ihre Probleme parat hat. Während die Preise für Lebensmittel, Kraftstoffe und andere Energieträger ins Unendliche steigen und eine warme Wohnung im nächsten Winter wahrscheinlich Luxus sein wird, bieten die regierenden Parteien, aber auch die Oppositionsparteien, im Parlament wie auf der Straße, keine Lösungen für diese Probleme an. Stattdessen werden Losungen wie „Frieren gegen Putin“ rausgegeben. Die Politiker interessieren sich nicht für unsere Probleme wie die hohen Energiepreise, sondern sie versuchen uns hinter den Kriegskurs der BRD zu ziehen, um im Kampf zwischen den Imperialisten besser dazustehen. Hier die gute Demokratie, in der alle ihren Teil zum Sieg über das Böse beitragen, in dem sie ihren Luxus „opfern“ und damit die Freiheit verteidigen und auf der anderen Seite die bösen Autokraten, die man um jeden Preis bekämpfen muss. Doch die Frage, wie man mit immer weniger Geld seine Familie satt bekommen soll, geschweige denn sich mal einen Urlaub leisten kann, um sich von der immer schwerer werdenden Arbeitslast zu erholen, wird nicht beantwortet.

Man muss sich also nicht wundern, dass nicht nur die Wahlbeteiligung abnimmt, sondern auch die Proteste gegen die Wahlen und die Parteien zu nehmen. Noch nie wurden in NRW im Wahlkampf so viele Wahlplakate wie bei dieser Wahl zerstört, aber auch Besuche von Spitzenpolitikern aus der Ampelregierung wurden immer wieder gestört. Schon der

Wahlkampfauftakt der SPD in Essen Anfang April wurde von mehreren Hundert Gegendemonstranten gestört. Auf dem halbleeren Burgplatz in der Essener Innenstadt war Scholz kaum zu hören und in den Vierteln wurden Parolen gegen den Mafioso an die Wände gemalt. Dieses Phänomen zog sich durch den ganzen Wahlkampf. Für viel Aufsehen sorgte auch der Ausraster von Olaf Scholz bei der 1.Mai-Demonstration vom DGB in Düsseldorf. Als der Mafiapate anfang zu reden, wurde er von einer wütenden Menge überstimmt und sein kriegstreiberischer Kurs wurde denunziert. In Köln wurde ein Wahlkampfauftritt von Baerbock so massiv gestört, dass dieser nur unter einem massiven Aufgebot von Polizeikräften durchgeführt werden konnte. Demonstranten wurden in Gewahrsam genommen und der Platz musste von Gegendemonstranten geräumt und abgesichert werden. Immer wieder wurden Mona Neubauer und Baerbock als das bezeichnet, was sie sind, nämlich Kriegstreiber. Auch ein Wahlkampfauftritt von Baerbock in Wuppertal wurde durch Kriegstreiber-Rufe gestört und sie wurde dabei mit einem Ei beworfen. In Bielefeld wurde eine Kundgebung von Habeck gestört. Auf die „Störer“ und die Eier-Werfer reagierten alle Politiker mit dem Vorwurf, dass diese Leute ein mangelndes Demokratieverständnis besitzen würden, sie einen nicht reden lassen würden. Absurd, wenn man bedenkt, dass diese Politiker eine enorme Medienreichweite besitzen, in Talkshows ihre Lügen verbreiten können, in TV-Debatten reden können, und sich im Gegenzug wütende Leute dazu entscheiden ihre Wut auf diese Politik Raum verschaffen.

Es zeigt sich, dass die Ablehnung der Wahlen und der aktuellen Regierung zunimmt, nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität. Das zeigt, dass das wichtigste Ziel für die Herrschenden, eine Regierung mit Legitimität zu schaffen, nicht erreicht wurde. Diese Regierung wird kaum Legitimität und Rückhalt in der Bevölkerung besitzen und vereinigt weniger Stimmen hinter sich, als es Nichtwähler gibt. •

POLIZEIMORDE IN MANNHEIM: WIEDER ZWEI VERBRECHEN GEGEN UNSERE KLASSE!

In Mannheim kam es innerhalb von nicht einmal zwei Wochen zu zwei Toten bei Polizeieinsätzen. Am 2. Mai starb ein 47-jähriger Mann, nachdem er von der Polizei überwältigt wurde. Der Mann wurde von zwei Beamten zu Boden gebracht, danach schlugen sie auf den fixierten Mann ein. Wenig später verstarb er im Krankenhaus. Der zweite Fall ereignete sich acht Tage später – ein 31-jähriger Mann drohte während eines Streits mit seiner Mutter, sich mit einem Messer umzubringen. Eine Nachbarin alarmierte die Polizei. Die brach in die Wohnung ein und schoss dem Mann, nachdem man vermeintlich versucht hatte, die Situation zu „deeskalieren“, ins Bein – er erlag wenig später seinen Verletzungen. In beiden Fällen ist bekannt, dass die Opfer psychische Probleme hatten. Im Fall des 47-Jährigen wurde die Polizei im Vorhinein von einem Arzt aufgesucht, der um Mithilfe auf der Suche nach dem Bewohner des Mannheimer Zentralinstituts für Seelische Gesundheit und schilderte, dass er für sich eine Gefahr wäre, jedoch nicht für andere Personen.

Der Fall vom 2. Mai wurde von einem Passanten gefilmt und zeigt, wie brutal die Polizei vorgeht; der von einem Beamten fixierte Mann wurde von einem anderen Polizisten mehrmals geschlagen und kollabierte. Es ist offensichtlich zu sehen, dass die Bullen hier nicht in irgendeiner Form dem Patienten, zu dessen Hilfe sie gerufen worden waren, helfen, sondern dass sie voller Hass auf ihn einprägen und seinen Tod in Kauf nehmen. Für einen Angriff des 47-Jährigen auf die Polizisten gibt es keinerlei Hinweise, stattdessen reichte es offensichtlich, dass er sich dagegen wehrte, auf den Boden gedrückt zu werden, für die tödlichen Faustschläge. Polizei und Politiker bemühten sich auch dieses Mal wieder von neuem, von „tragischen Unglücken“ und „Einzelfällen“ zu reden. Diese abscheuliche Leugnung der Morde, die an unserer Klasse begangen werden, zieht sich seit Jahren durch alle möglichen Aussagen der Verantwortlichen für diese Verbrechen. Jahr für Jahr nimmt die Polizeigewalt systematisiert zu, und die Liste der Ermordeten ist lang. Die Mörder in den Reihen der Polizei haben in der Regel überhaupt keine Strafe zu fürchten, da es am Ende vermeintlich immer an Beweise für ihr Verbrechen fehlt, oder Dinge

aufgetischt werden über „schlimme Angriffe“ auf die Polizisten, die nicht bewiesen werden können.

Auch das immer wieder Menschen mit psychischen Problemen Ziel dieser Gewalt sind, ist kein Zufall. Durch ihre besondere Situation fallen sie den Beamten häufiger ins Auge, ihr Verhalten gilt als „atypisch“ und damit „auffällig“. Wird dann in einer Situation nicht so gehandelt, wie die Herrenmenschen in Uniform das wollen, wird schnell zur Gewalt gegriffen. Wie eine Mitarbeiterin auf einer Akutstation einer Klinik berichtete, kommt es oft vor, dass bei Polizeieinsätzen ihre Patienten massiv angegriffen werden. Sie schilderte einen Fall, bei dem es darum ging, dass ein Patient auf der Liege fixiert werden sollte – nachdem der Patient fixiert war, drückte einer der Beamten den Mann trotzdem noch das Knie in den Rücken.

Abgeschoben auf einen besonderen Arbeitsmarkt und mit einem sehr niedrigen Lohn, und durch noch mehr Gesetze von ihren Rechten beraubt, führen Menschen mit psychischen Erkrankungen oft ein Leben in Armut. So auch im Fall des 47-Jährigen. Grundlegende Rechte wie das Recht auf Organisation im Betrieb wird ihnen verwehrt oder durch ein System aus „Werkstättenräten“ ausgehebelt. Diese Werkstatträte sollen angeblich die Interessen der in den Werkstätten Beschäftigten vertreten, diese sind jedoch sehr eng an die Werkstatteiter gebunden und haben nur eine geringe Mitsprache, so dass ihre Wirkung bei Null liegt. Diese gespielte Mitbestimmung dient nur darum, sich als fortschrittlich zu tarnen, die Arbeit in den „Arbeitstherapeutischen Einrichtungen“ bedeutet jedoch vor allem Entrechtung und Ausnutzung von Menschen mit psychischen Problemen. In der Öffentlichkeit wird diese Arbeit dann als „Therapie“ oder „Eingliederung“ bezeichnet, eine reale Chance auf einen normales Angestelltenverhältnis haben sie selten. Damit bleibt die Chance, wirklich Teil dieser Gesellschaft zu sein und nicht nur an deren Rand zu existieren, ein Traum in weiter Ferne. Das alles ist Hintergrund des ermordeten 47-jährigen.

Gegen die Einsätze der Mannheimer Polizei entwickelte in der BRD Widerstand. In einigen Städten kam es zu Demonstrationen gegen Polizei-

gewalt. In Mannheim selber wurde die Polizeiwache mit Farbeiern beworfen, und immer wieder wurden am Rand der Route der Demonstration Parolen gegen die Polizei an die Wand gesprüht. Im Nachgang versucht sich jetzt die Polizei um Schadensbegrenzung. Dafür ist ihr jedes Mittel Recht. Der Berufsreaktionär Rainer Wendt, Chef der Polizeigewerkschaft, versucht in einem Interview mit der Bild-Zeitung, die Gewalt zu bagatellisieren und stellt die Authentizität des Videos in Frage. Die Gewalt der Polizei sei laut ihm notwendig gewesen, um die polizeiliche Maßnahme durchzuführen. Und so etwas sei sowieso völlig normal. Alles andere müsse jetzt geprüft werden. Wenn es nach ihm geht, sollten wir uns daran gewöhnen, dass die Polizei hin und wieder Faustschläge ins Gesicht anwendet, wenn man sich zum Beispiel gegen das Anlegen von Handschellen wehrt. *„Das ist kein ungewöhnliches Mittel“*, gibt er mit einem Schulterzucken zu. Dass er bei seinen Aussagen nicht mal den Ermordeten und seine Familie eingehen zeigt schon die Kaltblütigkeit dieser abartigen Person. Ihm ist nur wichtig, dass die Bullen ja nicht belangt werden und uns weiterhin schikanieren, verprügeln und ermorden können.

Unterdessen laufen Kontaktbeamte durch die Mannheimer Innenstadt und versuchen Schadensbegrenzung und, ihr Image wieder aufzupolieren. Sie zeigen Mitgefühl und versuchen sich im Nachgang quasi als Opfer darzustellen, die durch solche „Unfälle“ an Ansehen verlieren. Viele Bewohner und Ladenbetreiber im Viertel haben, wie der der 47-Jährige, auch Migrationshintergrund und wissen, wie die Polizei wirklich ist. Ein lächelnder Kontaktbeamter der in die Jahre gekommen ist und ein auf „Best Buddy“ macht, entspricht nicht der Realität der Polizei, das wissen auch die Bewohner und lehnen dieses Vorgehen ab. Einer äußert sich in einem Interview sehr deutlich: *„Die Polizei ist gewalttätig geworden. Also die versuchen, das runter zu reden. Da wurde jemand umgebracht. Offensichtlich. Und die tun, so als ob das ausversehen geschehen wäre.“* Es wird deutlich, dass die plumpen Versuche der Polizei von den Leuten erkannt und abgelehnt werden. Denn auch ein nettes Gespräch oder ein Händeschütteln kann den Riss zwischen diesen bewaffneten Schergen des Staates und uns nicht schließen. Das wissen sie auch und versuchen alles, um die Schuld von sich abzuladen.

In beiden Fällen wird behauptet, die Gewalt der Polizei sei nicht der Grund für den Tod der Männer

verantwortlich. Der 47-Jährige sei aufgrund seiner Herzschwäche gestorben. Auch wenn das stimmen sollte, so sind doch die Polizisten die Schuldigen, denn sie haben die Gewalt angewendet und damit auch den Kreislauf des Mannes entscheidend angegriffen. Im Bewusstsein, dass dieser Angriff tödlich sein kann. Genauso beim 31-Jährigen eine Woche später. Im Nachgang wird behauptet, dass er an Herz-Kreislaufversagen und hohen Blutverlust gestorben ist. Grund dafür sei nicht der Einsatz mit einem gezielten Schuss ins Bein und der Überwältigung des Mannes, sondern die Verletzungen, die er sich selbst zugefügt hat. Die Beweise hierfür sind ebenfalls völlig lose. Dass man einer psychisch kranken Person, die sich selbst und nicht andere bedroht, ins Bein schießt, kann auf jeden Fall keine Art von Hilfe für irgendwen sein. Inmitten all der Verschleierungen bei den Ermittlungen und immer wieder auftretenden Lügen zu solchen Fällen können wir mit sehr großer Sicherheit sagen, dass auch an diesem Tod die Gewalt der Polizisten schuld war. Es ist an der Zeit, sich gegen diese immer öfter werdenden Verbrechen zur Wehr zu setzen, die Lügen der Herrschenden über die „Unschuld“ der Beamten zu entlarven und eine Strafe für all die Mörder an den Leuten unserer Klasse zu fordern! •



Ermordung des 47-Jährigen am 02. Mai in Mannheim

GEDICHT: MOTHER, WEEP NOT FOR ME

Der indische Professor G. N. Saibaba sitzt seit Jahren als revolutionärer Gefangener im Zentralgefängnis der Stadt Nagpur, weil er die Revolution in Indien unterstützt und die Rechte des Volkes verteidigt hat. Trotz seiner körperlichen Behinderung, die ihm zum Aufenthalt im Rollstuhl zwingt, und zahlreichen anderen gesundheitlichen Problemen, wird ihm von den reaktionären indischen Behörden immer wieder der Zugang zu lebensnotwendigen Mitteln und besonders Medikamenten und medizinischer Behandlung verwehrt, während sie ihn mit einer Kamera 24 Stunden am Tag, in jedem Moment seines Lebens, in jedem Atemzug überwachen. Ende Mai ist Saibaba zum zweiten Mal in Hungerstreik getreten, um eine sofortige Erfüllung seiner Forderungen zu erreichen und die lange und qualvolle Ermordung zu stoppen. Das hier abgedruckte Gedicht hat er 2017 im Gefängnis für seine Mutter geschrieben und ist Ausdruck seiner Standhaftigkeit und der Hingabe für die gerechte Sache, dafür, trotz der größten Qualen weiter voranzugehen und den Kampf des Volkes zu verkörpern. Die deutsche Übersetzung stammt von uns, und wir tragen die Verantwortung für eventuelle Fehler.

Mutter, weine nicht um mich

Als du kamst, um mich zu sehen
Mutter, weine nicht um mich
konnte ich dein Gesicht nicht sehen
durch das Fiberglasfenster

Wenn du meinen verkrüppelten Körper ansehen würdest
könntest du wirklich glauben, dass ich noch am Leben bin

Mutter, weine nicht um mich, weil ich nicht zu Hause bin

Als ich zu Hause war
und in der Welt
Hatte ich viele Freunde
Wie ich in der Anda-Zelle dieses Gefängnisses eingesperrt bin
Habe ich viele neue Freunde gewonnen
Über den ganzen Globus hinweg

Mutter, verzweifle nicht an meiner schwindenden Gesundheit

Als du nicht mal ein Glas Milch bezahlen konntest
in meiner Kindheit
nährtest du mich mit deinen Worten
von Stärke und Mut
In dieser Zeit von Schmerz und Leid
bin ich immer noch stark mit dem, was du
mich gefüttert hast

Mutter, verliere nicht deine Hoffnung

Ich habe erkannt, dass das Gefängnis nicht der Tod ist
es ist meine Wiedergeburt
und ich werde nach Hause zurückkehren
in deinen Schoß, der mich genährt hat
mit Hoffnung und Mut

Mutter, fürchte nicht um meine Freiheit

Sag der Welt
meine verlorene Freiheit
ist gewonnene Freiheit für die vielen Menschen
wie jeder, der mit mir steht
die Sache der Elenden auf der Erde vertreten
in der meine Freiheit liegt

(Nachdem du mich beim Mulakat am Gefängnisfenster am 14. November 2017 besucht hast)

Ich hoffe, jemand übersetzt es für Dich. Mutter, verzeih mir, dass ich das in einer fremden Sprache schreibe, die du nicht verstehst. Was kann ich tun? Es ist mir nicht erlaubt, in der süßen Sprache zu schreiben, die du mir in meiner Kindheit in deinem Schoß beigebracht hast.

Dein Kind mit Liebe
G.N. Saibaba
Anda-Zelle, Zentralgefängnis
Nagpur
1. Dezember 2017.



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JULI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfsk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Demonstration von Palästinensern in der Stadt Khan Yunis im südlichen Gazastreifen am 29. Mai anlässlich des zionistischen Flaggenmarsches und den Angriffen von israelischen Sicherheitskräften auf die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem.

Quelle: The Guardian

**ROTE
POST** 